

Antworten des CDU-Landesverbandes Brandenburg auf die Wahlprüfsteine von Social Impact zur Landtagswahl 2019

1. Sicherstellung der Lebensgrundlage für GründerInnen

Potenzielle GründerInnen können ohne einen finanziellen Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes eine Geschäftsgründung nicht vorbereiten. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotenziale ausgeschöpft werden müssen und potenzielle GründerInnen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Gründungsphase erhalten sollten?

Wir wollen Unternehmer, Startups und Innovationen „Made in Brandenburg“ besser fördern. Dafür muss die persönliche Förderung von Gründerinnen und Gründern breiter aufgestellt werden. Zusätzlich zu Programmen wie der EXIST-Förderung wollen wir deshalb ein Gründerstipendium für Nicht-Hochschulabsolventen mit guten Ideen auflegen. Für innovative Sozialunternehmer wollen wir ein Förderprogramm schaffen, das die Gründung sozial ausgerichteter Unternehmen unterstützt. Die bestehenden Förderinstrumente werden wir gründlich evaluieren. Dabei ist uns wichtig, dass vorab geprüft wird, welche Ideen mit Steuergeldern gefördert werden. Denn nicht jedes Geschäftsmodell ist tragfähig und nicht jede Gründungsidee muss mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Gründerinnen und Gründer durch verschiedene Stellen bereits vor der Gründung eine passgenaue und für Innovationen offene Gründungsberatung erhalten, die einerseits hilft Ideen zu schärfen und andererseits geeignete Finanzierungsoptionen und Fördermöglichkeiten in den Blick rückt. Wir stehen für eine zielgenaue, flexible und unbürokratische Förderpolitik.

2. Gründungsqualifizierung und -begleitung

Ein nachhaltiger Gründungserfolg ist abhängig von einer engen Begleitung des Vor- und Nachgründungsprozesses durch qualifizierte BeraterInnen. Solche Gründungsqualifizierungs- und Beratungsangebote müssen in einer ausgeprägten Gründerinfrastruktur eingebettet sein. Wie planen Sie GründerInnen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

Wir wünschen uns, dass Gründerinnen und Gründer in Brandenburg auch in Zukunft kostenlosen Zugang zu flächendeckenden Erstberatungsangeboten für Unternehmensgründungen haben. Die Gründungslotsen, die in Brandenburg in jedem Landkreis zu finden sind, leisten in dieser Hinsicht wichtige Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen wollen. Dabei setzen wir uns zusätzlich für spezielle Beratungsangebote auch für sozialunternehmerische Gründungsideen ein, die entweder in bestehende Beratungsstrukturen integriert oder neu geschaffen werden sollen. Effektive Gründungsunterstützung umfasst aber mehr als nur Beratung. Denn viele Gründerinnen und Gründer profitieren von speziellen Weiterbildungsangeboten, die auf die Fragen und

Herausforderungen rund um die Gründung und den Aufbau eines Unternehmens zugeschnitten sind. Davon gibt es aber noch viel zu wenige. Das wollen wir ändern. Dabei wollen wir kurze punktuelle Weiterbildungsangebote, wie sie bspw. im Rahmen des Businessplanwettbewerbs angeboten werden, ebenso fördern wie mehrmonatige berufsbegleitende Programme, wie sie etwa das Projekt „Lokalhelden“ für Gründerinnen und Gründer im ländlichen Raum entwickelt hat.

3. Gründung im Nebenerwerb und Unterstützung von Gründungen von Eltern

Gerade für Alleinerziehende kommen Gründungen, v.a. auch Nebenerwerbsgründungen als Alternative zu anderen Formen der Beschäftigung vermehrt in Frage. Hierauf sind Qualifizierungs- und Finanzierungsleistungen nicht ausgerichtet. Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in ihrem aktuellen Parteiprogramm bei? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

Wir befürworten Konzepte wie die Gründungsteilzeit, um Menschen darin zu bestärken, eine Unternehmensgründung zu wagen, ohne dafür ein bestehendes Arbeitsverhältnis sofort aufgeben zu müssen und so womöglich ein unverhältnismäßig großes persönliches Risiko einzugehen. Gerade Eltern haben ein nachvollziehbares Bedürfnis nach sozialer Absicherung einerseits und dem Wunsch nach mehr beruflicher Flexibilität andererseits. Gründungen im Nebenerwerb - bei Fortführung eines Angestelltenverhältnisses - können genau das bieten. Wenn aus einem solchen Nebenerwerb später ein Vollerwerb wird und das Unternehmen weitere Arbeitsplätze schafft, ist das nur zu begrüßen. Auf Bundesebene wollen wir uns in diesem Kontext auch für eine bessere soziale Absicherung von Selbstständigen und insbesondere alleinerziehenden Gründerinnen und Gründern einsetzen. Diese Personengruppe ist im Falle von längeren Ausfallzeiten, etwa durch Schwangerschaft, Mutterschutz, längere Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, schnell in ihrer finanziellen Existenz bedroht, wobei insbesondere Kinder unverhältnismäßig in Mitleidenschaft gezogen werden können. Hierfür müssen kostengünstige Versicherungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

4. Gründungsaktivitäten bei MigrantInnen

MigrantInnen weisen eine relative hohe Gründungsaktivität auf. Unternehmensgründungen von MigrantInnen tragen nachweislich nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern sie leisten auch einen wichtigen Integrationsbeitrag. GründerInnen mit Migrationshintergrund stehen in der Gründungsphase vor besonderen Herausforderungen, aber es gibt nur wenige spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für GründerInnen mit Migrationshintergrund zu verbessern? Wie stehen Sie dazu, §21 des Aufenthaltsgesetzes zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

Wir wollen gezielt Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen und geflüchtete Menschen zügig gesellschaftlich und wirtschaftlich in Brandenburg integrieren. Dabei begrüßen wir das auf

Bundesebene beschlossene Fachkräftezuwanderungsgesetz und werden uns für eine unbürokratische Umsetzung desselben einsetzen. Darüber hinaus wollen wir in Brandenburg dafür sorgen, dass vorhandene Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden und Migrantinnen und Migranten, falls notwendig, Mikrodarlehen zur Finanzierung einer Anpassungsqualifizierung zur Verfügung stehen. Wenn Migrantinnen und Migranten in unserem Bundesland nicht nur arbeiten, sondern ein Unternehmen gründen oder sich selbständig machen wollen, ist das gutzuheißen und zielgerichtet zu fördern. Dabei wollen wir Maßnahmen prüfen, die helfen, bestehende Benachteiligungen abzustellen, etwa im Hinblick auf den oftmals reduzierten Zugang zu Finanzierungs- und Kreditoptionen für eine Firmengründung. Gleichzeitig müssen Migrantinnen und Migranten im Zuge der Arbeitsmarktintegration häufiger auf die Möglichkeit einer Firmengründung und auf die dazu bestehenden öffentlichen Informationsquellen und Beratungsdienste hingewiesen werden.

5. Gründungspotenziale älterer Menschen

Das Gründungspotenzial älterer Menschen wird bisher kaum genutzt. Durch eine zielgruppengerechte Unterstützung wird ein wichtiger Beitrag zur Vitalisierung von Wirtschaftsprozessen, zur Bekämpfung von Altersarmut und zur Sicherung der Nahversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen gewährleistet. Wird sich Ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

Babyboomer stellen die größte Bevölkerungsgruppe in Deutschland dar und machen damit auch einen wachsenden Anteil der Gründerinnen und Gründern aus. Wer mit Erfahrung gründet, gründet zudem häufiger mit mittel- und langfristigem Erfolg und leistet nicht selten einen wichtigen zusätzlichen Beitrag zur eigenen Altersvorsorge. Dabei sind die entstehenden Geschäftsmodelle von großer Vielfalt. Wer jedoch jenseits von 45 Jahren Unterstützung für eine erste Unternehmensgründung sucht, begegnet nicht selten Vorurteilen oder macht Erfahrungen mit altersbedingter Diskriminierung. Zudem sind viele Förderprogramme auf jüngere Altersgruppen beschränkt. Nicht selten bleiben dadurch die Potenziale der Senior Entrepreneurs ungenutzt. Durch diskriminierungsfreie Beratungsangebote, mehr wirtschaftsorientierte Bildungsangebote im Kontext des lebenslangen Lernens und Förderprogramme, die nicht auf Altersbasis diskriminieren, wollen wir die Rahmenbedingungen für ältere Gründerinnen und Gründer verbessern.

6. Unterstützung von Gründerinnen

Frauen weisen ein hohes Gründungspotenzial auf, welches noch nicht ausgenutzt ist. Zusätzlich wird ihnen der Weg in die Selbstständigkeit erschwert, da viele Gründerinnen einer "doppelten Diskriminierung" durch zusätzliche Merkmale wie Migrationshintergrund oder Alter ausgesetzt sind. Das Bild von weiblichen Gründerinnen und Unternehmerinnen muss in der Gesellschaft gestärkt werden. Damit Frauen den Weg in die Selbstständigkeit wählen und sie während des Gründungsprozess passgenau unterstützt werden, bedarf es spezifischer Gründungsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei

zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch wichtig für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wir streben eine ausgewogene Geschlechterrepräsentanz in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung sowie Verbänden und Medien an. Dazu gehört für uns auch die gezielte Förderung von Gründerinnen.

Während wir der Meinung sind, dass Frauen aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Hürden im Falle einer Unternehmensgründung besondere Unterstützung verdienen und auch speziellen Förderbedarf haben, halten wir separate Förderprogramme für weibliche Gründerinnen nur für bedingt sinnvoll. In einer nach wie vor männlich dominierten Wirtschaft müssen Förder- und Ausbildungsprogramme stattdessen flächendeckend besonderes Augenmerk darauf legen, dass Frauen derselbe Zugang zu Beratung, Mentoring und nicht zuletzt Kapital zuteil wird, wie dies bislang bei Männern der Fall ist. Darüber hinaus gilt es die oben beschriebenen schwierigen Bedingungen für gründende Eltern bzw. Alleinerziehende zu erleichtern, von denen insbesondere Frauen häufig betroffen sind.

7. Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen

Viele schwerbehinderte Menschen benötigen einen speziell auf die Bedürfnisse ihrer Behinderung eingerichteten Arbeitsplatz, brauchen mehr Ruhephasen oder eine besondere Prozessorganisation. Der Weg in die Selbstständigkeit stellt für viele Menschen mit Schwerbehinderung die einzige Möglichkeit zur Teilnahme am Arbeitsmarkt dar. Bisher existiert nur eine begrenzte Anzahl von Einrichtungen, die sich der Gründungsunterstützung von schwerbehinderten Menschen annehmen. Der Aufbau eines Gründungsunterstützungsangebots für Menschen mit Behinderung stellt einen wichtigen Beitrag zur Inklusion und zur Vervielfältigung der Gründungslandschaft dar. Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern?

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und wollen die Leistungen und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung besser wertschätzen. Um auch Menschen mit Behinderung eine angemessene Unterstützung während einer Unternehmensgründung zukommen zu lassen, müssen die Unterstützungsangebote, die sich an Gründerinnen und Gründer richten, mit den speziellen Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderung besser verschränkt werden. Um hier keine Parallelstrukturen aufzubauen und sicherzustellen, dass bspw. die Gründungslotsen über spezielle Förderbedarfe und Förderangebote für behinderte Menschen informiert sind, bedarf es eines institutionalisierten Austauschs aller involvierten Akteure. Barrieren und Ungleichbehandlungen im Vergleich zu nicht-behinderten Gründerinnen und Gründern, etwa im Hinblick auf die Versagung spezieller Förderbedarfe, müssen kontinuierlich abgebaut werden. Um die Inklusion behinderter Unternehmerinnen und Unternehmer in Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiter zu fördern, halten wir darüber hinaus die finanzielle Unterstützung von dezidierten Netzwerken und digital-sozialen Support-Strukturen für sinnvoll.

8. Ländlich schrumpfender Raum

Gründungen finden vornehmlich in urbanen Räumen statt. Die Gründungsneigung in ländlichen Räumen ist wenig ausgeprägt. Gleichzeitig bestehen in vielen ländlichen Räumen Versorgungsengpässe und BewohnerInnen müssen weite Wege auf sich nehmen, um ihre Nachfrage decken zu können. Um Menschen in ländlichen Regionen für eine Gründung zu aktivieren, bedarf es passender Unterstützungsleistungen in ländlichen Räumen. Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern? Welche Maßnahmen planen Sie, in der kommenden Zeit umzusetzen?

Noch immer befindet sich ein beachtlicher Anteil der Brandenburger Unternehmen im ländlichen Raum. Damit bestehende Unternehmen sich dort auch zukünftig halten können, wollen wir uns verstärkt für die Unternehmensnachfolge engagieren. Außerdem wollen wir die Digitalisierung der Betriebe und ihrer Geschäftsmodelle durch gezielte Fördermaßnahmen weiter vorantreiben, damit diese die Potenziale unserer Informationsgesellschaft zur Erschließung neuer Absatzmärkte und der Verbesserung ihrer eigenen Wirtschaftlichkeit vollumfänglich nutzen können. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei der Förderung von innovativen digitalen Plattformen zur verbesserten Direktvermarktung regionaler Produkte im Raum Berlin-Brandenburg widmen. Unter Ausnutzung von Skalen- und Netzwerkeffekten für Logistik und Versand und unter besonderer Berücksichtigung kooperativer und gemeinschaftlicher Organisationsformen könnten diese insbesondere kleinen und neu gegründeten Unternehmen Vorteile beim Marktzugang verschaffen.

Um Gründungen in ländlichen Regionen darüber hinaus weiter zu stärken, sind diese vor allem auf den Zuzug von gründungswilligen Menschen angewiesen. Besonders häufig sind es hierbei Rückkehrerinnen und Rückkehrer, die eine Unternehmensgründung für sich in Betracht ziehen. Die Förderung von Rückkehrerinitiativen und Jungunternehmernetzwerken in ländlichen Regionen wollen wir deshalb in Zukunft noch ausbauen. Auch berufsbegleitende Bildungs- und Begleitprogramme speziell für Gründerinnen und Gründer im ländlichen Raum, wie sie bspw. im Rahmen des Projekts Lokalhelden entwickelt wurde, wollen wir verstetigen und auf andere Branchen ausweiten. Wir wollen Brandenburg wachsen lassen.

9. Unternehmensnachfolge

Die Übernahme eines Unternehmens stellt eine besondere Chance für GründerInnen dar. Es bedarf jedoch einer professionalisierten Prozessbegleitung, um die mit einer Unternehmensübernahme zusammenhängenden Risiken zu reduzieren. Gibt es in Ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Unser Ziel ist es, kleine und mittelständische Unternehmen als Motor der Wirtschaftsentwicklung verstärkt zu fördern. Dazu gehört auch, sie bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge besser zu unterstützen bzw. Gründerinnen und Gründer in der Übernahme eines bestehenden Betriebes angemessen zu begleiten. Hierfür sind die Kammern und die wertvolle Arbeit, die sie für die Unternehmen leisten, unerlässlich. Um die Verfügbarkeit von Informationen über zum Verkauf

stehende Betriebe zu erhöhen, wollen wir Angebote fördern, die solche Informationen bereitstellen und alternde Betriebsinhaber bei der zielgenauen Bewerbung ihrer Betriebe helfen. Außerdem sollen sowohl für Käufer als auch Verkäufer während der Übernahme geeignete Beratungsangebote zugänglich gemacht werden.

Die Lücke in der Unternehmensnachfolge ist jedoch auch ein Symptom des Fachkräftemangels. Um diesem zu begegnen, wollen wir die gesellschaftliche Anerkennung der dualen Ausbildung stärken, die für das Führen vieler der betroffenen Betriebe notwendig ist, und diese Berufe insgesamt wieder attraktiver machen. Dafür müssen die Ausbildungsinhalte beständig den Entwicklungen des Berufsfeldes angepasst werden. Um die Zahl zukünftiger Anwärter für Unternehmensnachfolgen zu erhöhen, wollen wir außerdem insbesondere Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern sowie Migrantinnen und Migranten über berufsbegleitende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten den Einstieg in ein neues Fach und die dazugehörige Unternehmensführung erleichtern.